

Große Anfrage der Fraktion der CDU**OFFENSIV-Gesetz**

Bundesweit leiden die Kommunen und Gebietskörperschaften unter der hohen Kostenlast, die für die Sozialhilfe aufgebracht werden muss. Der Einsatz dieser Geldmittel raubt den Kommunen einen großen Teil der für die Bewältigung der Zukunft notwendigen Gestaltungskraft. Dieser Zustand trifft auch für Bremen und Bremerhaven zu. Der nun im Bundesrat von Hessen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen hat das Ziel, die Beschäftigungssituation für Arbeitslosenhilfebezieher und Sozialhilfeempfänger zu verbessern und deren Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen.

Das Gesetz soll den Weg frei machen für die Teilhabe von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern an der Fortentwicklung der Gemeinden und ermöglicht es den Leistungsbeziehern, ihre eigene Zukunft positiv zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat den Gesetzesantrag des Landes Hessen „Entwurf eines Gesetzes zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen (OFFENSIV-Gesetz)“?
2. Wie wird der Senat diesen Gesetzentwurf im Bundesrat begleiten?

Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU